

DIETER KLEIN

Die Konzepte der Linkspartei: seriös, sozial, gerecht

»Zum ersten Mal tritt der politischen Klasse das Elend dieses Landes nicht mehr als diffuse Stimmung, sondern in Gestalt eines politischen Gegners gegenüber. Das macht sie fassungslos.« So »Die Welt« am 19. Juli über die Linkspartei.

So fassungslos sind die Machteliten, dass manche wie der sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt ausgeprägte Ignoranz und hochgradigen Verzicht auf politische Kultur für notwendige Gegenmittel halten: »Ich sehe kaum einen Unterschied zwischen dem »Vulgärmarxismus« der PDS und den Positionen der rechtsextremen NPD.« (Leipziger Volkszeitung, 18. Juli 2005) Im Wahlprogramm der Linkspartei heißt es ihrem realen Handeln gemäß: »Wir fordern die konsequente strafrechtliche Verfolgung rassistischer und rechtsextremistischer, neonazistischer und nationalistischer Volksverhetzung und Gewalttaten sowie eine bessere Aufklärung über Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Linkspartei. PDS setzt sich auch in Zukunft für breite Bündnisse zur Bekämpfung der extremen Rechten ein. Wir werden uns weiter aktiv daran beteiligen.«

Die Linkspartei bringt auf den Punkt, was in der Bundesrepublik geschehen ist: Nicht sieben Jahre Rot-Grün allein haben Deutschland in eine Krise gestürzt, wie es im Wahlprogramm der CDU/CSU heißt. Sondern SPD und Grüne, CDU/CSU und FDP haben das Land gemeinsam der globalen Verdrängungskonkurrenz der Großbanken, Investmentfonds und Konzerne unterworfen. Sie haben mit verteilten Rollen einen antisozialen Systembruch innerhalb des kapitalistischen Systems eingeleitet. Diesem neoliberalen Entwicklungsweg setzt die Linkspartei realistische Alternativen entgegen. Aber das kann nach dem Verständnis der Herrschenden nicht sein. Werden doch die konservative und die sozialdemokratische Variante des neoliberalen Kapitalismus als alternativlos deklariert.

Daher sind sich alle einig, die Linkspartei habe nichts zu bieten, außer abgestandenen Rezepten aus den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts (Berliner Zeitung, 4. 7. 05). »Der Zusammenschluss von PDS und WASG ist nicht mehr als ein Bündnis der Gestrigen und der Vorgestri-

gen.«, so Martin Klingst in »Die Zeit« vom 14. Juli 2005. Recht haben sie alle – nach ihrem Maßstab! Denn nach dem Leitbild, dass der Mensch sich vor allem »rechnen« muss, ist die Idee der Linken, dass jedem Menschen die Bedingungen für ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Sicherheit und Würde zustehen, einfach weil er ein Mensch ist, eine fast archaische Auffassung. Sie muss aber gefährlich ansteckend sein. Denn plötzlich finden sich nach sieben Jahren entgegengesetzter Politik einige der Vorhaben dieser als Illusionisten befeindeten Linken im Wahlprogramm der SPD wieder: die Einbeziehung aller Bürgerinnen und Bürger in die Finanzierung der Krankenversicherung etwa oder die Einführung von Mindestlöhnen und kostenfreien Kitaplätzen.

Etlichen Forderungen der Linkspartei haftet ganz besonders Rückwärtiges an. Ein Recht auf Arbeit, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, langes gemeinsames Lernen anstelle frühzeitiger Auslese der Kinder, ganztägige Kinderbetreuung und ambulante Versorgung auch in Krankenhäusern und in deren Verbund mit Polikliniken und Privatpraxen sind sogar gelebte Erfahrungen aus DDR-Zeiten. Martin Klingst weiß auch, warum PDS und WASG auf solche nostalgischen Ideen kommen, auf solche »rückwärtsgewandte Utopie: Beide wollen die Umstände retten, unter denen sie, jeder für sich, einst glücklich zu sein glaubten.«

In Wahrheit ist die Vergangenheitssehnsucht der Linken noch viel schlimmer. Ihr Beharren darauf, dass Freiheit nicht ohne soziale Gleichheit und Solidarität zu haben ist, knüpft gar noch an Ideale der Großen Französischen Revolution von 1789 an. Das Odium des Vergangenen – wohin wir auch schauen.

Wenn aber die soziale Gleichheit der Teilhabe für Jede und Jeden an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens seit mehr als zweihundert Jahren nicht eingelöst ist? Wenn Verteilungsgerechtigkeit noch mehr als beim Antritt der Regierung Schröder das Gegenteil von den herrschenden Verhältnissen beschreibt? Wenn in Deutschland zwei Millionen Kinder in Armutsverhältnissen leben, während 43 Milliardäre zu den Reichsten der Erde

zählen und 4.400 Superreiche über reines Geldvermögen von jeweils mehr als 30 Millionen Euro verfügen? Wenn der Anteil der 2004 unterhalb der Armutsgrenze lebenden Westdeutschen 15 Prozent der Bevölkerung erreicht hat und der in Ostdeutschland 20 Prozent? Und wenn in der Regierungszeit Schröders das Nettovermögen der obersten 10 Prozent unter den Einkommensempfängern um fast 450 Milliarden Euro gestiegen ist? Wenn nach den Gesundheitsreformen der letzten Jahre die einst paritätische Finanzierung der Gesundheitskosten nur noch zu 38 Prozent von den Unternehmen, aber zu 62 Prozent von den Versicherten selbst getragen wird?! Dann bedarf das Land der sich gegenwärtig neu formierenden Linken, damit die Bürgerinnen und Bürger auch im Parlament wie auf der Straße wieder eine Stimme für die Lösung ihrer noch immer ungelösten Probleme bekommen! Die Linke verfügt über realistische und moderne politische Alternativangebote. Quod est demonstrandum – was zu beweisen ist. Mit einigen Beispielen, die nicht mehr als ein Ausschnitt aus einem Gesamtkonzept sind:

Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren

Die da aus dem Glashaus mit Steinen auf die Linke werfen, lassen im Rahmen der Hartz IV-Regelungen die Steuerzahler mit Milliarden den dauerhaften Ausschluss von mehr als 1,8 Millionen Langzeitarbeitslosen aus der Erwerbsarbeit finanzieren.

Dagegen setzt die Linkspartei in ihrem Wahlprogramm eine originäre Grundidee. Das Geld, das Langzeitarbeitslose jetzt als Arbeitslosengeld II, Zuschuss für Kosten der Unterkunft und »Mehraufwandsentschädigung« für Ein-Euro-Jobs erhalten, soll mit vorhandenen Förderfonds von Ländern, Bund und Europäischer Union und mit einem Teil des durch ein gerechteres Steuersystem – etwa durch Wiedererhebung der Vermögenssteuer – erzielbaren Steuer Mehraufkommens zusammengelegt werden. Mit solcher Kombination sind reguläre, versicherungspflichtige und existenzsichernde Arbeitsverhältnisse zu schaffen – ohne die Demütigungen und Zwänge, die gegenwärtig den Empfängern des Arbeitslosengeldes II zugemutet werden. Ein neuer Einstieg in gemeinnützige öffentlich geförderte Beschäftigungssektoren würde dort eröffnet werden, wo der Privatwirtschaft ein Engagement nicht profitabel genug erscheint. Tarifliche Bedingungen dafür müssen ausgehandelt werden.

Ist es unmodern, auf solche Weise Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren? Ist es abwegig, Beschäftigungssektoren zwischen Privatwirtschaft und Staat zu fördern, wenn diese beiden Sphären der anhaltenden Arbeitslosigkeit nicht beikommen können?

Zukunftsinvestitionsprogramm für Innovationen

Natürlich geht es um mehr, um neue Arbeitsplätze durch innovative Technologien und Produkte, um den ökologischen Umbau in den humanorientierten Dienstleistungen wie im Gesundheitswesen und in der Bildung. Deshalb hat die Linke Vorstellungen für ein zusätzliches Zukunftsinvestitionsprogramm der öffentlichen Hand entwickelt. Es soll besonders auf Bildung, Forschung und ökologischen Umbau in Ostdeutschland und in wirtschaftsschwachen westdeutschen Regionen konzentriert werden. Es soll gestaltende Politik anstelle williger Unterwerfung unter Weltmarktwänge stärken und besonders jungen Menschen die Perspektive interessanter beruflicher Entwicklungen eröffnen. Die Behauptung des Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Klaus F. Zimmermann, das einzige Rezept im Angebot der Linkspartei seien Steuererhöhungen und Ausweitung des Sozialstaats (Berliner Zeitung, 16. 7. 2005), trifft eben nicht zu.

Was ist an der Forderung nach öffentlicher Verantwortung für Investitionen in moderner Produktion, Dienstleistungen und Wissenschaft antiquiert? Ist es vielleicht ein Makel, dass Schweden mit staatlichen Investitionen zu einem Musterwohlfahrtsstaat wurde? Ist ein höherer Anteil staatlicher Investitionen am Bruttoinlandsprodukt tatsächlich fast Teufelswerk? In Dänemark hat ein hoher Anteil der Abgaben und Steuern von 53 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erheblich zur Halbierung der Arbeitslosigkeit in den letzten 10 Jahren auf 5,1 Prozent beigetragen. Es ist ein schlechtes Argument, dass staatliches Handeln den Bürgerinnen und Bürgern ihre Freiheit nehme. Auf die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze trifft es allerdings zu. Für sozialstaatliches Handeln gilt das Gegenteil.

Umverteilung von Arbeit

Zugestanden, es sind vergangene Zeiten, in denen von 1984 bis 1998 schätzungsweise 800.000 Arbeitsplätze durch Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung der Arbeit entstanden. Aber muss jedes Instrument untauglich sein, nur weil es früher schon funktionierte? Wahr ist allerdings, dass inzwischen längst eine unbezahlte Verlängerung der Wochenarbeitszeit vorangetrieben wird – von 37,5 Stunden im Durchschnitt der Bundesrepublik auf mittlerweile wieder 40 Stunden.

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist auf höchst differenzierte Weise möglich, mit unterschiedlichem Schrittmaß in verschiedenen Branchen je nach den Bedingungen. Zu fördern durch ein neues Arbeitszeitgesetz, zu vereinbaren

zwischen den Tarifpartnern, einzubetten in eine von den Betroffenen stark mitbestimmte moderne, familienfreundliche und flexible Arbeitszeitpolitik und ausgehend von einem veränderten zeitgemäßen Verständnis von Arbeit: dass Arbeit außer der bezahlten Erwerbsarbeit auch unbezahlte Familienarbeit und gemeinnützige Tätigkeiten umfasst. Freiwilliger Wechsel zwischen Erwerbsarbeit, anderen Arbeitsformen und Weiterbildung in bestimmten Lebensphasen kann vielen bisher Arbeitslosen die Teilhabe an Erwerbsarbeit eröffnen. Allerdings muss die öffentliche Hand solche Zeiten eines Sabbatjahres, des Erziehungs- oder Bildungsurlaubs oder nachweisbarer gemeinnütziger Tätigkeiten durch die Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge für den Fall von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Rente sozial absichern – oder besser noch durch eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung.

Mehr freiwillige Teilzeitbeschäftigung durch solche soziale Absicherung und durch Rückkehrrecht in Vollzeitarbeit zu fördern, würde die Arbeitswelt ebenfalls für Arbeitssuchende öffnen. Erwerbsarbeit und Familienarbeit wären gleichberechtigt zwischen Frauen und Männern zu teilen.

Was soll unrealistisch sein an solcher selbstbestimmten Verflechtung von Arbeits- und Lebenswelt?

Grundsicherung gegen Erpressung

Die Linke weiß wie alle anderen, dass die sozialen Sicherungssysteme tiefgreifend zu erneuern sind. Neben ihren Vorschlägen für eine Bürgerversicherung von allen für alle im Gesundheitswesen und für eine Umwandlung der gesetzlichen Rentenversicherung in eine Erwerbstätigen-Versicherung unter Einschluss aller Erwerbstätigen wird als eine neue Säule der sozialen Grundsicherung eine armutsvermeidende bedarfsorientierte Grundsicherung vorgeschlagen. Für Alleinstehende in einer Höhe von nicht weniger als netto 750 Euro und für eine Familie mit 2 kleinen Kindern nicht weniger als 1.900 Euro. Verwandte würden nicht in »Bedarfs-gemeinschaften« für das Lebensnotwendige in Haft genommen, und eigene Vorsorge für die Alterssicherung würde nicht aufzubrauchen sein, ehe eine Grundsicherung überhaupt gezahlt wird. Sie könnte das Kräfteverhältnis zwischen Unternehmern und Lohnabhängigen erheblich verändern. Denn sie würde ein Nein zu unzumutbaren Arbeitsbedingungen ohne die Gefahr des vollständigen sozialen Absturzes ermöglichen. Die Lohnabhängigen wären weniger erpressbar.

Ist vielleicht dies ein Grund für die massiven Verleumdungen linker Alternativen als angeblich längst verschlissenen und gar nicht vorhanden zugleich?

Linke Alternativen sind finanzierbar

Unrealistisch seien linke Alternativvorstellungen vor allem, weil sie angeblich nicht finanzierbar wären. Auch das lesen und hören wir gebetsmühlenartig. »Bild« beispielsweise schrieb unter der Schlagzeile »Die 5 Lügen der Linkspartei« über die angebliche »Lüge Nr. 5«: »Die Linkspartei verspricht 30 Mrd. Euro staatliche Investitionen in Bildung, Kultur, Umwelt und öffentlichen Nahverkehr. Klingt gut, ist aber leider unbezahlbar!«

»Im Prinzip« ist das – nach dem Muster des Senders Jerewan – richtig, aber... Aber da sie auch nach den Wahlen auf Bundesebene keine Regierungspartei sein wird, kann die Linkspartei dergleichen weder versprechen noch tut sie das. Ferner ist dies nicht ihr Vorschlag, sondern eine Berechnung der Gewerkschaft ver.di. Und ver.di hat auch keine Forderung der Linkspartei formuliert, sondern die öffentlichen Investitionen der Bundesrepublik mit denen der weiß Gott privatwirtschaftlich verfassten USA verglichen. Und dabei ergab sich: Wenn der Anteil der öffentlichen Investitionen in Deutschland am Bruttoinlandsprodukt dem Anteil in den USA gleichkäme, würde das jährlich 30 Mrd. Euro mehr Investitionen der öffentlichen Hand ergeben. Darauf allerdings wird im Wahlprogramm der Linkspartei.PDS verwiesen. So ist das mit den »Lügen der Linkspartei« und der journalistischen Seriosität mancher Medien.

Wieso in aller Welt soll bei steigender Produktivität, wissenschaftlich-technischen Umwälzungen, moderner Arbeitsorganisation, globaler Arbeitsteilung und folglich wachsendem Reichtum in der Gesellschaft nicht einmal das bezahlbar sein, was vor Jahrzehnten in einer weit schwächeren Volkswirtschaft noch kein Problem war? Und Etliches mehr dazu?

Linke Alternativen sind finanzierbar. Ver.di, die IG Metall, Attac, die Linkspartei.PDS und die WASG haben Konzepte dafür. Nach dem Steuerkonzept der Linkspartei sind jährliche Steuermehreinnahmen von 64 Milliarden Euro möglich – ohne Überbelastung der Wirtschaft: durch die Wiedererhebung einer Vermögenssteuer, durch eine international vergleichbare Anhebung von Erbschafts- und Schenkungssteuern auf Großbeträge, progressive Ausgestaltung der Körperschaftssteuer, Einführung einer Börsenumsatz- und einer Devisenumsatzsteuer und konsequente Beschneidung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung.

Zugegeben, die Verwirklichung solcher Vorschläge setzt eine erhebliche Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse voraus. Aber solcher Wandel ist nicht ausgeschlossen. Als sich nur die Möglichkeit der noch gar nicht vorhandenen neuen Linkspartei abzuzeichnen begann, schrieb die SPD plötzlich in ihr Wahlprogramm Forderungen der Linken hinein, die ihrer bisherigen Poli-

tik vollständig widersprachen. Die Grünen – bisher doch im Wettbewerb mit der FDP und die gehobene Mitte – bezeichnen sich in ihrem Wahlprogramm flugs als »links«, als Partei »für die Ausgeschlossenen und Verunsicherten« und übernehmen ungehemmt und wörtlich den Kerngedanken des PDS-Parteiprogramms, »für ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Sicherheit« wirken zu wollen. Papier ist geduldig.

Wie aber, wenn die Linkspartei tatsächlich an Akzeptanz und Einfluss gewinnt? Wenn die soziale und ökonomische Vernunft ihrer Vorschläge nicht dauerhaft geleugnet werden kann? Wenn die Brechtsche Frage, was verführerischer sei als ein gutes Argument, sich als berechtigt erweise?

Wenn sich als machbar herausstellt, was jetzt noch als Illusion diffamiert wird? Dann wird sich herausstellen, dass die Hauptangriffe gegen die Linkspartei haltlos sind.

Was zu beweisen war – quod erat demonstrandum

Zu den Hauptattacken gegen die Linkspartei gehört, – dass sie unvertretbar hohe Steuern durchsetzen wolle, die die Unternehmer aus dem Land treiben würden, – dass ihre lohnpolitischen Positionen die Konkurrenzfähigkeit deutscher Unternehmer übermäßig belasten, – dass sie alten Staatsillusionen nachhinge und zur Staatswirtschaft zurück wolle, – dass ihre sozialpolitischen Vorstellungen die Haushalte extrem überfordern würden, also nicht finanzierbar seien. Auch ein internationaler Vergleich unterstreicht die Haltlosigkeit dieser Angriffe:

Dänemark, die Niederlande und Schweden haben ein deutlich höheres Wachstum und eine erheblich geringere Arbeitslosenquote als Deutschland. Zumindest für Dänemark und Schweden sind hohe soziale Standards unbestritten, sie sind aber auch in den Niederlanden trotz Absenkung noch beachtlich. Die Reallöhne sind in allen drei Vergleichsländern seit 1995 deutlich gestiegen, nur in Deutschland sind sie sogar gesunken!

Die Reallohnentwicklung hat in den drei Ländern das Wachstum nicht belastet, sondern erst die gestärkte Kaufkraft der Lohnabhängigen auf den Binnenmärkten hat dieses Wachstum ermöglicht.

Die Staatsquote liegt in allen drei Vergleichsländern höher als in Deutschland. Die Abgabenquote (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) ist in den Niederlanden fast so hoch wie in Deutschland und in Dänemark und Schweden deutlich höher. Nach neoliberaler Credo hätte dies das Wachstum dämpfen und die Arbeitslosigkeit erhöhen müssen. Das Gegenteil trifft zu. Es ist ein neoliberaler Mythos, dass die Linkspartei mit einer staatszentrierten Politik die Wirtschaft ruinieren würde. Die Unternehmenssteuern liegen gemessen am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland mehrfach unter dem Niveau in den erfolgreichen Vergleichsländern! Bei der Besteuerung von Gewinnen und Vermögen rangiert Deutschland mit 22,6 % im Jahr 2001 erheblich unter dem Durchschnitt der EU15 von 29,8 % (WSI-Mitteilungen 11/2003). Lohnsteuer, Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer und andere wichtige Verbrauchssteuern haben 1960 in der Bundesrepublik rund 37,5 % zum gesamten öffentlichen Steueraufkommen beigetragen. 2002 waren es bereits 79,2 %! Der Anteil der Gewinnsteuern (veranlagte Einkommenssteuer, nicht veranlagte Steuern vom Dividendenertrag, Körperschaftssteuer, Gewerbesteuer, Zinsabschlagssteuer) sank von 34,7 % 1960 auf 12,2 % 2000 (WSI-Mitteilungen 11/2003).

Fazit: Die Erhöhung der Masseneinkommen trägt in anderen Ländern das Wirtschaftswachstum, führt zu höherer Beschäftigung und zu niedrigerer Arbeitslosigkeit. Höhere Staats- und Abgabenquoten können in erheblichem Maße zu beschleunigtem Wachstum und zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen. Sozialere Politik ist auch wirtschaftlich rational. Vor allem aber – es geht der Linkspartei um mehr als um nützliches Lernen von anderen: um die Vision einer anderen gerechten Gesellschaft sozial gleicher Teilhabe für jede und jeden an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit und Würde. Sie stellt sich gegen den Zeitgeist – kulturell, intellektuell, sozial und ökonomisch. Die Linke verfügt über realistische alternative Politikangebote.

Land	Jahresdurchschnittliches Wachstum in %, 1995 – 2004	Entwicklung der Reallöhne in %, 1995 – 2004	Arbeitslosenquote 2004	Staatsquote 2004 in % vom BIP 2002	Steuern und Abgaben	Unternehmenssteuern in % vom BIP 2002
Deutschland	1,32	- 0,9	9,5	47,8	41,2 ¹	0,6
Dänemark	2,32	+ 15,6	5,4	55,6	49,8	2,2
Niederlande	2,40	+ 11,9	4,7	48,9	40,0	3,7
Schweden	2,82	+ 25,4	6,3	57,5	54,1	2,6

¹ EU15: 41,1; USA: 29,6 – nur Steuern, Angaben über Abgaben nicht verfügbar

Quellen: Wirtschaftskammern Österreichs. Statistische Daten. Internationaler Vergleich, 2005; WSI-Mitteilungen 11/2003; Europäischer Tarifbericht des WSI / Hans-Böckler-Stiftung 2005